

Literatur-Rundschau

Hans Hafenbrack: Geschichte des Evangelischen Pressedienstes. Evangelische Pressearbeit von 1848 bis 1981. Bielefeld: Luther-Verlag 2004 (= Evangelische Presseforschung, Band 5), 664 Seiten, 42,90 Euro.

Es war im Sommer 2002, als Volker Lilienthal, Redakteur des Evangelischen Pressedienstes (epd), in „epd-medien“ Ergebnisse einer von ihm durchgeführten Recherche über den epd in der Zeit des Dritten Reiches und insbesondere über dessen damaligen und späteren, hochangesehenen Chefredakteur Focko Lüpsen publizierte, die in Fachkreisen – man verzeihe hier die abgenutzte Metapher – wie eine Bombe einschlugen. Lüpsen habe, so berichtete Lilienthal, im Jahr 1946 in einem Lizenzantrag an die britische Militärregierung und nochmals im Jahr 1950 im Kirchlichen Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland die Behauptung in die Welt gesetzt, der epd sei 1937 von der nationalsozialistischen Presselenkung verboten worden. In Wirklichkeit konnte er, wie sich anhand von Bibliotheksbeständen nachweisen lässt, bis zur allgemeinen Unterdrückung der konfessionellen Presse im Jahr 1941 weiter erscheinen, nicht unbehelligt, aber auch nicht über die Maßen schikaniert, denn die epd-Inhalte, verantwortet von Lüpsen, waren brav gleichgeschaltet.

Lilienthal hat seine Studie noch einmal sorgfältig für die „Publizistik“ aufgearbeitet, wo sie im Jahr 2003 erschien. In beiden Publikationen wies Lilienthal auf den eigentlichen Entdecker der für die Historiographie der konfessionellen Publizistik fol-

genreichen Geschichtsklitterung hin: auf Hans Hafenbrack, 1978 bis 1981 Redakteur und 1981 bis 1998 Chefredakteur der epd-Zentralredaktion. Dieser arbeitete damals noch an einem Buch über die Geschichte des epd.

Das Buch ist jetzt erschienen. Es erzählt auf 664 Seiten eine lange Geschichte. Sie reicht von 1848 bis 1981 und gilt dem epd als der „ältesten Nachrichtenagentur Deutschlands“. Das Prädikat ist gerechtfertigt, bezieht der Autor doch die Vorläufer mit ein, die „Evangelische Correspondenz für Deutschland“ (1876–1879), die „Korrespondenz für Innere Mission“ (1898–1910) und die „Korrespondenz des Evangelischen Pressverbandes für Deutschland“ (1910–1919). Auch 1919 oder 1910 ist ein stolzes Geburtsalter für eine deutsche Agentur – die heute existierenden verzichten wohlweislich auf eine Ahnenreihe, soweit sie denn eine hätten.

Hafenbrack beginnt, versteht sich, mit Johann Hinrich Wichern und gliedert seinen Stoff in zehn Kapitel: (1) Die Pressearbeit der Inneren Mission [reicht bis 1910], (2) Die erste Herausgeberschaft des Evangelischen Pressedienstes [1910–1914], (3) Die Kriegs-Korrespondenz ... [1914–1918], (4) Die Blütezeit der Öffentlichkeitsarbeit in der Ära Hinderer [1918–1933], (5) Sprachrohr der Deutschen Christen im Kirchenkampf [1933/1934], (6) 1939 wird die epd-Ausgabe für die Tagespresse eingestellt [1935–1939], (7) Zweifache Zensur für den epd im Zweiten Weltkrieg [1939–1941], (8) Der epd unter dem Dach des westfälischen Presseverbandes [1946–1964], (9)

Der EPD wird wieder Herausgeber des Evangelischen Pressedienstes [epd; 1964-1968], (10) Der epd im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik [1968-1981].

Aus der Überschrift von Kapitel 9 erkennt der mit der Nomenklatur nicht voll vertraute Leser, dass EPD und epd nicht dasselbe sind. Der Verband, eine Einrichtung, die es in gleicher Funktionsfülle auf katholischer Seite nie gab und auch heute nicht gibt (mehr dazu im Buch von Gottfried Mehnert: *Evangelische Presse*, 1983), war über viele Jahre Träger des epd: 1910-1941 sowie 1964-1968. In der unmittelbaren Nachkriegszeit aber arbeitete der epd unter dem Dach des westfälischen Presseverbandes im Bethel.

In diese Zeit fallen die Anstrengungen Focko Lüpsens, den 1941 von den Nationalsozialisten abgewürgten epd wiederzubeleben. Und damit, nämlich mit dem Lizenzantrag, den er am 15. Mai 1946 an die britische Besatzungsregierung richtete, begann auch die oben schon erwähnte Geschichte vom angeblich bereits 1937 (oder gar schon 1936) veranlassten Verbot des epd durch die Presselenkung: In den Antrag an die Briten schrieb er, um seine und des damaligen epd Anti-Nazi-Gesinnung zu untermauern: „1936 wurde mir die Herausgabe des Evangelischen Pressedienstes für die Tagespresse untersagt, da ich mich weigerte, mich einer Vorzensur zu unterwerfen“ (S. 308).

Dieser Satz, das belegt Hafenbrack stichhaltig, ist falsch: Lüpsen war nicht Herausgeber, es gab keine epd-Vorzensur, und obendrein erschien der epd – auch die Ausgabe für die Tagespresse – weiter, und zwar unter Lüpsen als Schriftleiter. Aber Lüpsen hat die Behauptung vom Verbot nach sorgfältiger Vorarbeit auch im Druck publiziert, und

zwar im oben erwähnten Kirchlichen Jahrbuch. Hier heißt es klipp und klar, es sei [1937] „ein Verbot verhängt“ worden, und zwar „nach einer scharfen Auseinandersetzung des Chefredakteurs [d.i. Lüpsen] mit dem Fachschaftsleiter der Reichspressekammer“. Das war August Hinderer, zugleich EPD-Vorsitzender und epd-Herausgeber, also Lüpsens politisch gleichgesinnter Glaubensbruder und Chef.

Dem Mangel an Logik geht Hafenbrack akribisch und mit einleuchtender Argumentationsführung nach: Lüpsen hat nicht nur 1946 (im Lizenzantrag), sondern 1950 auch öffentlich geflunkert. Da er aber der Nachkriegsgeneration (auch den Wissenschaftlern in ihr) als Muster an Glaubwürdigkeit galt, zog die Verbotsgeschichte (und damit die NS-Opferrolle) ungeprüft in mehrere kommunikationsgeschichtliche Darstellungen ein. Dem Lizenzantrag wurde übrigens – allerdings erst am 15. Juli 1947 – stattgegeben; der epd konnte legal wieder erscheinen, nach dem Lüpsen ihn schon 1946 ohne Lizenz betrieben hatte. Er selbst ging mit weißer Weste durch die Nachkriegsmediengeschichte, und cum grano salis hatte er sie wohl auch verdient, obwohl er im Dritten Reich nicht ganz der Held gewesen war, für den er sich ausgab.

Hafenbrack gibt ein treffendes, der Historie gerecht werdendes Urteil dazu ab: „Die Behauptung des epd-Verbots und der Mitarbeit in der illegalen Publizistik der Bekennenden Kirche haben ihren ‚Sitz im Leben‘ in der Nachkriegszeit“ (S. 326).

Die Tatsache, dass (und in welcher Gestalt) die Aufdeckung der epd-Wahrheit zwei journalistische Väter hat, nämlich Lilienthal und Hafenbrack, wird nicht ganz transparent. Lilienthal hat zwar Hafenbrack

stets die Ehre des Erstentdeckers gegeben, ist aber, weil er als erster publiziert hat (auf Betreiben des epd-Chefredakteurs Thomas Schiller), als Aufdecker der Geschichte bekannt geworden.

Den Aufsatz Lilienthals in der „Publizistik“ (Volker Lilienthal: „In die Illegalität gedrängt?“ Herkunft, Tradierung, Funktion und Korrektur der Legende vom epd-Verbot 1937. In: Publizistik, 48. Jg. 2003, H. 2, S. 156-175) hat Hafenbrack offenbar nicht mehr vor Abschluss seines Buchmanuskripts auswerten können. Das gilt auch für das Buch von Hans-Günter Richardi über Alfred Schwingenstein (Hans-Günter Richardi: Am Anfang war das Ende. Das Wirken von August und Alfred Schwingenstein. München 2001). Dort findet sich nämlich - aus Gründersicht - die Geschichte des Christlichen Nachrichtendienstes (CND), zu der jetzt Hafenbrack die andere, die protestantische Hälfte beiträgt. Der CND (1946-1953) war ja nicht nur einer der Vorläufer der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), sondern auch der m.W. bislang einzige Versuch, eine ökumenische Nachrichtenagentur zu gründen und zu betreiben.

Während die evangelischen CND-Mitarbeiter (unter Leitung von Christoph von Imhoff) den Dienst zu einer angesehenen Quelle entwickeln halfen, sah Focko Lüpsen mit seinem 1947 wiedergegründeten epd ausschließlich das Problem der Konkurrenz. Hafenbracks Urteil lässt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig: Lüpsen habe u.a. „in einem Rundschreiben an die Schriftleitungen der kirchlichen Presse“ die Konkurrenz-Agentur „madig“ gemacht und eine „Diskreditierungskampagne gegen den CND“ betrieben, „die schließlich dem epd das Monopol über die evangelische Nachrichtenarbeit sicherte“ (S. 446). Das Ende für

den CND bedeutete freilich nicht die Distanzierung der evangelischen Seite, sondern, wie wir aus Richardi/Schwingenstein wissen, der Druck aus Köln, die Überleitung in die KNA. Neue epd-Konkurrenz kam erst ab 1970 auf, als die Evangelikalen eine eigene Agentur gründeten, den „Informationsdienst der Deutschen Evangelischen Allianz“ (idea). Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Unternehmen sind klar dargestellt und gut belegt.

Das kann man, soweit unsere Kenntnisse reichen, über das ganze Buch sagen. Hafenbrack arbeitet, soweit möglich, aus den Quellen, die er in großer Breite ausschöpft. Die Fülle des Stoffes hat er mit einer sorgfältigen Gliederung gebändigt, die dem Leser als sehr stark differenziertes Inhaltsverzeichnis gegenübertritt. Es ist dies eine echte Erschließungshilfe, denn das Buch besteht aus zahlreichen „Einzelgeschichten“. Wir haben nur zwei davon herausgegriffen, um Anschaulichkeit zu vermitteln. Der Autor verliert trotz (oder wegen) der starken Untergliederung nicht den Faden, genauer gesagt: die Fäden, indem er gelegentlich mit Vorausverweisen operiert. Eine umfangreiche Sammlung von Kurzbiographien im Anhang hilft, die dramatis personae zu rekapitulieren. Das Literaturverzeichnis ist eher fachspezifisch gehalten. Die älteren Arbeiten etwa von Bahr, Bühler, Klaus oder Lorey liegen schon außerhalb der Aufmerksamkeit des Autors, und über den konfessionellen Zaun geschaut wird so gut wie gar nicht (je einmal Bringmann bzw. Hock), soweit es das Literaturverzeichnis angeht.

Dort wäre auch, jedenfalls auf dem engeren Feld der Nachrichtenagenturen, nicht sehr viel zu holen gewesen. Auf katholischer Seite gibt es in der Frage der Nachrichtengebung - von

der „Central-Auskunftsstelle der katholischen Presse“ und den „Apologetischen Mitteilungen“ bis zur KNA – einiges aufzuarbeiten. Hafenbracks Buch sollte ein Anstoß sein.

Michael Schmolke

Matthias Kohring: Vertrauen in Journalismus. Theorie und Empirie. Konstanz: UVK 2004, 302 Seiten, 29,00 Euro.

Schon wieder ein Luhmann-Jünger, mögen manche sagen und vielleicht mit der weit verbreiteten Mär daherkommen, dass die Luhmann'sche Systemtheorie mit viel theoretischem Aufwand ein geringes Output liefert. Gerade wer dieser Meinung anhängt, sollte Matthias Kohrings Buch über Vertrauen in Journalismus lesen, denn es zeigt, dass dies zumindest nicht zwingend so sein muss.

Freilich ist das Buch nicht als Beweis für die Praktikabilität der Systemtheorie geschrieben, sondern es widmet sich mit Vertrauen in Journalismus einem lange theoretisch und damit auch größtenteils empirisch vernachlässigten Problem. Ist es wirklich so einfach zu erfassen, dass man die Publika nur fragen muss, wie viel sie den Sendern und Zeitungen glauben? Was ist überhaupt eine Vertrauenshandlung, die der Rezipient von öffentlicher Kommunikation ausführt? Kohring wendet sich im ersten Teil seines Buches definitorischen Fragen zu, ehe er im zweiten Teil sein theoretisches Konstrukt durch umfangreiches empirisches Überprüfen zu validieren sucht.

Im ersten Kapitel geht es dem Autor um die Kritik des bisherigen Umganges mit Vertrauen in der Kommunikationsforschung. Er ortet Defizite in der theoretischen Erfassung des Phänomens Vertrauen und stellt

fest, dass in verschiedenen Forschungsansätzen ein theoretischer Zugang überhaupt fehlt und sozusagen „von der Hand in den Mund“ gearbeitet wird. Vor allem wird klar, dass der oft verwendete Terminus der „Medienglaubwürdigkeit“ kein Synonym oder Oberbegriff für Vertrauen sein kann, denn diese weiß „weder genau, wovon sie theoretisch spricht, noch was sie empirisch tatsächlich misst“ (S. 77).

Im Kapitel zwei klopft Kohring verschiedene soziologische Entwürfe (Simmel, Weber, Luhmann) nach dem Umgang mit Vertrauen bzw. der Implementierung desselben in die jeweilige Theorie ab. Am adäquatesten erscheint schließlich der Entwurf Luhmanns, der Vertrauen als einen Problemlösungsmechanismus von Kontingenz vor allem in zeitlicher Hinsicht (auf die kontingente Zukunft hin) ansieht. Zentral hierbei ist die doppelte Kontingenz zwischen Alter und Ego, die in Luhmanns Theorieentwurf von großer Bedeutung ist (siehe dazu sein Werk „Soziale Systeme“). Vertrauen ist dann eine Möglichkeit, mit Risiko (Bedrohung oder Chance gleichermaßen) umzugehen. Fehlt dieses Risikobewusstsein, muss von Vertrautheit anstelle von Vertrauen gesprochen werden.

Scharf grenzt der Autor seinen Entwurf gegen Annahmen von Vertrauen als rationaler Kalkulation ab (Rational-Choice-Theorie). Vertrauen fängt gerade dort an, wo Kalkulation nicht (mehr) möglich ist. Eine Vertrauensrelation liegt laut Kohring dann vor, „wenn ein sozialer Akteur eine aus seiner Sicht kontingente Selektion vornimmt, die nur durch die Selektion eines anderen Akteurs kausal ermöglicht wird, deren Kontingenz er wahrnimmt, und wenn dieser andere Akteur wissen kann, dass seine Selektion dergestalt ver-

wendet wird, und dies akzeptiert oder ihm die Akzeptanz zugemutet werden kann“ (S. 139). Vertrauen kann man aber nicht nur in ein menschliches Gegenüber, sondern auch in soziale Systeme haben, wie der Journalismus eines ist. „Systemvertrauen ist empirisch betrachtet Leistungsvertrauen“ (S. 139f.), also Vertrauen darauf, dass das System seine Leistung erbringt.

Kapitel drei fügt den zahlreichen systemtheoretischen Entwürfen von Journalismus bzw. Öffentlichkeit (Luhmann, Marcinkowski, Scholl/Weischenberg, Görke usw.) einen weiteren hinzu, wobei - ähnlich zu Alexander Görkes Entwurf - Journalismus als ein Leistungssystem des Funktionssystems Öffentlichkeit gesehen wird. Der einzige grundlegende Unterschied zu Görke liegt in den Codewerten, die Kohring mit „mehrsystemzugehörig“ bzw. „nicht-mehrsystemzugehörig“ benennt. Die Unterscheidung zwischen Funktion und Leistung von Systemen, wie sie Luhmanns Systemtheorie eigen ist, wird zwar implizit aufgegriffen, leider jedoch nicht weiter ausgeführt.

In Kapitel vier bringt der Verfasser schließlich die systemtheoretischen Konzepte von Vertrauen und Journalismus zusammen. Vor allem ist es ein Vertrauen in die journalistische Selektivität. Dimensionen des Vertrauens dürfen laut Kohring nicht von Gründen für das Vertrauen abgeleitet werden. Vertrauen in die Kompetenz eines Journalisten z.B. gibt es in diesem Sinne nicht: Der Rezipient vertraut darauf, dass der Akteur (Journalist) seine Aufgabe kompetent erfüllt. Die Kompetenz ist lediglich ein Grund für das Vertrauen darauf, dass der Journalist seine Leistung adäquat erbringt. Stattdessen entwirft Kohring ein Faktorenmodell von Vertrauen in Journalismus, das sich aus Vertrauen in Themenselek-

tivität, in Faktenselektivität, in die Richtigkeit der Beschreibung und in die journalistische Bewertung zusammensetzt.

In Kapitel fünf und sechs sind das methodische Vorgehen (Faktorenanalyse) und die Durchführung dreier umfangreicher Befragungen in Berlin und Schwerin beschrieben. Da Vertrauen ein latentes Phänomen ist, das sich dem direkten Zugang entzieht, wurde die Befragung zum Thema Arbeitslosigkeit geführt und behandelte Fragen nach der Medienberichterstattung dieses aktuellen Themas. Die repräsentativen Umfragen stützen das theoretische Modell von Vertrauen in Journalismus dahingehend, dass unter den vier Faktoren eine hohe Interdependenz besteht und diese Faktoren das Phänomen Vertrauen in Journalismus gut beschreiben. Es zeigte sich auch, dass mit einem höheren Vertrauen in Journalismus auch die aus ihm gezogenen Konsequenzen bei den Rezipienten bedeutsamer werden.

Zu den größten Pluspunkten in Kohrings Arbeit zählen die theoretische Fundierung und Definition des Vertrauensbegriffes *vor* der Implementierung in die Journalismustheorie und die ausgezeichnete Operationalisierbarkeit seines Ansatzes für die empirische Prüfung. Mit dem ersten Punkt füllt der Autor eine Lücke in der Kommunikationsforschung, mit dem zweiten Punkt erfüllt er eine zentrale Anforderung an alle aktuellen Kommunikationstheorien. Die Verwendung von Luhmanns Systemtheorie (und insbesondere der speziellen Aspekte des Vertrauens und der Journalismustheorie) tragen nicht unwesentlich zur Klarheit und Schlüssigkeit von Kohrings Thesen bei. Der empirischen Überprüfung steht die Systemtheorie in keiner Weise im Wege.

Die einzige Frage, die sich auf-

drängt, ist die, ob ein weiterer systemtheoretischer Entwurf von Journalismus und Öffentlichkeit für diese Arbeit notwendig war, wo doch aus den zahlreichen bisher veröffentlichten Vorschlägen ein solches Konzept adäquat zu übernehmen gewesen wäre. Sosehr einige der bisherigen einschlägigen Beiträge die Theoriediskussion entscheidend weitergebracht haben (insbesondere Frank Marcinkowskis Konzept von 1993), scheint es mir nicht hilfreich, bei jeder sich bietenden Gelegenheit das „Rad neu zu erfinden“.

Trotzdem: Matthias Kohring ist ein Pionierwerk gelungen, dem zahlreiche Folgeforschung zu wünschen ist (vor allem auch deshalb, weil die Arbeit sie ermöglicht).

Heinz Niederleitner

Romy Fröhlich / Christina Holtz-Bacha (Hg.): Journalism Education in Europe and North America. An International Comparison. Cresskill, NJ: Hampton Press 2003, 349 Seiten, 27,95 Euro.

Man kann mehrere Dinge an diesem Buch kritisieren, an einer Tatsache ändert dies nichts: Für die Journalistik war eine solche Publikation schon lange überfällig, und sie ist ein gelungener erster Schritt, eine eklatante Forschungslücke zu schließen. Der von Romy Fröhlich und Christina Holtz-Bacha herausgegebene Sammelband „Journalism Education in Europe and North America“ stellt den erstmaligen Versuch dar, einen internationalen Vergleich – „An International Comparison“, wie der Untertitel verspricht – der verschiedenen journalistischen Ausbildungssysteme der westlichen Welt anzustellen. In einer Zeit, in der das Schlagwort Internationalisierung in Forschung und Lehre immer mehr an

Bedeutung gewinnt, schafft dieser Band einen willkommenen Überblick.

Vor allem vor dem Hintergrund der geplanten Vereinheitlichung der universitären Ausbildung in Europa – Stichwort „Bologna-Prozess“ – zeigt er einen wichtigen Punkt auf: Der viel beschworene „westliche Kulturkreis“ kennt zwar vergleichbare Maßstäbe für die journalistische Arbeit, hat aber eine Vielzahl verschiedener Ansätze zur Ausbildung für diesen Beruf hervorgebracht. Diese verschiedenen Traditionen aufzuzeigen und zu systematisieren ist Ziel des Buches. Der Ansatz ist dabei soziologisch geprägt: Wichtig ist den Autoren, jeweils nicht nur die gerade aktuelle Ausbildungssituation in den verschiedenen Ländern zu beleuchten, sondern auch den geschichtlichen und gesellschaftlichen Kontext zu beschreiben, aus dem jedes System erwachsen ist.

Zwölf Kapitel des Bandes beschäftigen sich mit der jeweils spezifischen Ausbildungstradition eines einzigen Landes; ergänzt und abgeschlossen wird er durch zwei vergleichende Kapitel (zur Ausbildungssituation in Osteuropa und zur Idee eines „Europajournalismus“) und eine Zusammenfassung durch die Herausgeberinnen. Fröhlich und Holtz-Bacha haben für dieses Buch eine Reihe ausgewiesener Experten versammelt, die auf jeweils 15 bis 30 Seiten die Besonderheiten ihres Landes herausarbeiten. Die Struktur der Artikel folgt dabei weitgehend demselben Muster: Jeder Autor beschreibt die Entwicklung des Berufszugangs, die gegenwärtige Situation der Ausbildungsinstitutionen und schließt mit einer Prognose für die zu erwartende Entwicklung in naher Zukunft.

Hier wird ein Problem des Buches offensichtlich. Wer die jahrzehnte-

lange Diskussion um die Verortung der Journalistenausbildung allein in Deutschland verfolgt hat, die Frage nach der Akademisierung des Berufes, das *Ob überhaupt* und vor allem *Was* studiert werden solle, dem dürfte klar sein, dass der Platz kaum ausreichend ist, das Thema eingehend darzustellen. Grundsätzlich geben jedoch alle Kapitel einen guten Überblick, und besonders die den Artikeln jeweils nachgestellte Literaturliste stellt für den außenstehenden Leser, der sich vielleicht zum ersten Mal mit dem jeweiligen Land befasst, ein praktisches Sprungbrett für die eingehendere Beschäftigung mit dem Thema dar.

Ein Wermutstropfen ist, dass sich die meisten Kapitel nur mit jeweils einem Land beschäftigen, das Buch also, wie die Herausgeberinnen es ausdrücken, nicht „vergleichend im eigentlichen Sinne“ sei. Das bedeutet: Der im Untertitel versprochene „internationale Vergleich“ muss nach ausgiebiger Lektüre vom Leser selbst vorgenommen werden.

Eine Hilfestellung geben Fröhlich und Holtz-Bacha, indem sie die einzelnen Länder nach ihrer maßgeblichen Ausbildungstradition zu Gruppen zusammenfassen: Länder mit vornehmlicher „Academic Tradition“, also einer an Universitäten institutionalisierten Journalistenausbildung (Finnland, Spanien, USA und Kanada), „Nonacademic Tradition“, einer Ausbildung vornehmlich an Journalistenschulen (Italien, Niederlande, Dänemark), „Academic as well as Nonacademic Tradition“ (Frankreich, Portugal und Deutschland), und schließlich Länder mit einer „Training-on-the-Job“-Tradition, in denen die Ausbildung hauptsächlich in „Media Organizations and/or Schools“ stattfindet (England und Österreich). Man kann darüber hinweg sehen, dass diese vier Kategori-

en nicht trennscharf sind und man einige Länder auch in eine andere „Schublade“ stecken könnte – vor dem Hintergrund der vielen Facetten der Journalistenausbildung, die in dieser Gegenüberstellung offenbar werden, sind sie ein willkommener Wegweiser und zudem ein praktikabler Versuch, die verschiedenen Traditionen voneinander abzugrenzen.

Abgesehen von dieser in der Zusammenfassung von den Herausgeberinnen noch einmal dezidiert beschriebenen Einteilung, sind die Beleuchtung der Ausbildungsentwicklung in Osteuropa durch Ray Hiebert und Peter Gross und das Kapitel zum „Eurojournalismus“ von Gerd Kopper als im eigentlichen Sinne „vergleichende“ Beiträge hervorzuheben.

Hiebert und Gross widmen sich der Beschreibung der dramatischen Veränderungen des Journalismus im Zuge der Demokratisierung der osteuropäischen Staaten nach 1989. Sie gehen vor allem auf die Entwicklung journalistischer Ausbildungsprogramme an Universitäten in Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, der Slowakei, den baltischen Staaten, der Ukraine und Russland ein und weisen auf das dort entstehende, für die Region „neue“ Journalismusverständnis hin. Einer Art neuem Journalismus widmet sich auch Kopper, wenn er danach fragt, ob es in Zukunft einen europäischen Journalismus geben wird und wie dieser (und die dazugehörige Ausbildung) aussehen könnte.

Auf dem Weg zu einer Internationalisierung der Journalismusforschung ist der erste Schritt das Wissen um die verschiedenen Ausprägungen und Traditionen dieses Berufsfeldes auf der Welt. Einen Überblick in Bezug auf den wichtigen Bereich der Journalismusausbildung

kann man sich mit diesem Buch erarbeiten. Es ist ein gelungenes Nachschlagewerk, denn es ermöglicht dem interessierten Wissenschaftler einen wichtigen ersten Blick über den Tellerrand des eigenen Ausbildungssystems. Wie Fröhlich und Holtz-Bacha es ausdrücken: „it is a necessary first step towards a systematic comparison“ (S. 309).

Michael Harnischmacher

Monika Boll: Nachtprogramm. Intellektuelle Gründungsdebatten in der frühen Bundesrepublik. Münster: LIT Verlag 2004, 270 Seiten, 34,90 Euro.

Das Radio in der deutschen Nachkriegszeit – es hatte eine Bedeutung, die heute kaum mehr vorstellbar ist. Langsam wird es zum Forschungsgegenstand, selten allerdings in der Kommunikationswissenschaft. Die vorliegende Studie stammt denn auch von einer Historikerin, was am manchmal recht großzügigen Umgang mit Begriffen und Schlussfolgerungen deutlich wird. So tritt beispielsweise der sogenannte „Zeitgeist“ des öfteren als imaginäre Personifizierung auf, aber auch „die“ Moderne oder „der“ gesellschaftliche Diskurs. Es handelt sich hier offenbar eher um metaphorische Instrumente zur Strukturierung des empirischen Materials, das allerdings in derart überwältigender Fülle und Präzision aufbereitet und gedeutet wird, dass sich die Lektüre außerordentlich informativ und spannend gestaltet.

Mit den Abend- und Nachtprogrammen der Hörfunksender Hamburg, Frankfurt und Baden-Baden zwischen 1945 und dem Beginn der Sechzigerjahre hat sich die Autorin die damals berühmtesten Kultursendungen für ihre Analyse herausgesucht. Sie geht aber auch auf die

Rias-Funkuniversität unter Gerhard Löwenthal und auf Gerhard Szczesnys Nachtstudio beim Bayerischen Rundfunk ein. All diese Sendungen waren zu jener Zeit so etwas wie Kult, und um ihre Redaktionsleiter gruppierten sich journalistische Mitarbeiter, die deutsche Rundfunkgeschichte schrieben: um Jürgen Schüddekopf (Hamburg) z. B. Hans Egon Holthusen, Gregor von Rezzori, Albrecht Goes, Peter Bamm, Axel Eggebrecht; um Alfred Andersch, die womöglich zentrale Figur im westdeutschen Kulturradio der Nachkriegszeit (Frankfurt, später Hamburg, danach Stuttgart), z. B. Walter Kolbenhoff, Heinz Friedrich, Eugen Kogon, Walter Dirks, Hans Magnus Enzensberger, Helmut Heißenbüttel.

Andersch war es auch, so die Legende, der in seinem Büro Anfang 1950 eine Begegnung mit „einem kleinen, nicht rundlichen, doch [...] überall abgerundeten Herrn“ hatte, der „in vollkommen abgerundeten und gegliederten Sätzen, mit einer Stimme von seltsam zierlicher Schärfe“ auf ihn in pausenloser Diktion einzureden begann: Theodor W. Adorno. Dieser verfolgte seine Rundfunkkarriere ungeheuer zielstrebig und ist rückblickend ganz entscheidend dafür mitverantwortlich, dass das Kulturradio jener Jahre sich der Soziologie öffnete.

Neben den traditionellen Themen aus Literatur, Kunst und Musik fand die Gesellschaftsreflexion der sich wieder etablierenden Soziologie ihren Platz in der Programmgestaltung. Die Vertreter dieser soziologischen Gründergeneration, Remigranten wie Adorno, Max Horkheimer, Helmuth Plessner und René König, aber auch Wissenschaftler wie Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, die während der NS-Zeit an deutschen Universitäten gelehrt hatten, sorgten dank vielfältiger Initiativen der Hörfunk-

redaktionen für eine auffassende Medienpräsenz der Soziologie. Ihre theoretischen, zumeist übrigens philosophischen Prämissen waren teilweise höchst unterschiedlich. Unterschiedlich waren auch oft ihre politischen Präferenzen. Daraus entwickelten sich kontroverse Gespräche und Diskussionen auf hohem intellektuellem Niveau, die sicherlich nicht ohne Wirkung blieben.

Wie weit reichte diese Wirkung? Die Kernthese der Autorin ist, dass aus dem ursprünglich apolitischen, nur den Künsten verpflichteten Kulturverständnis der frühen intellektuellen Elite Westdeutschlands, deren „Kulturemphase“, in Auseinandersetzung mit dem neuen, soziologischen Gesellschaftsverständnis jene besondere Gemengelage entstand, welche für die im Titel genannten „Gründungsdebatten“ der Bundesrepublik charakteristisch gewesen sei. Erstmals habe sich damals „eine öffentliche Selbstwahrnehmung der bundesrepublikanischen Gesellschaft“ ereignet (S. 131), welche nicht mehr durch die Dominanz restaurativer Kulturauffassungen gekennzeichnet war, sondern vielmehr durch verschiedene Varianten dezidiertur Kulturkritik, etwa seitens der Frankfurter Schule.

Die Autorin spricht von einem „Umbruch innerhalb des intellektuellen Selbstverständnisses“, „dem der Begriff des Diskurswechsels durchaus gerecht wird. Denn es handelte sich dabei nicht bloß um einen Austausch bestimmter Inhalte und Themen innerhalb eines bestehenden Bezugssystems der Selbstwahrnehmung in der Bundesrepublik, sondern um die Änderung des Systems als solchem“ (S. 153). Diese Aussagen erscheinen aus sozialwissenschaftlicher Sicht eher fraglich. Von einem Diskurswechsel innerhalb der wichtigsten Abend- und Nachtprogramme

des westdeutschen Hörfunks in ihrer Phase soziologischer Ausrichtung mag durchaus die Rede sein. Aber ob es sich dabei zugleich um einen Diskurswechsel „des“ intellektuellen Selbstverständnisses in der Bundesrepublik handelte, darf bezweifelt werden. In letzter Instanz verweisen öffentliche bzw. veröffentlichte Diskurse eigentlich immer nur auf ihre Urheber allein und können deshalb kaum als gesellschaftlich repräsentativ gelten.

Dessen ungeachtet bietet die Studie von Monika Boll eine Fundgrube für alle, die an Hörfunkgeschichte interessiert sind. Es ist eindrucksvoll, mit welcher Umsicht sie die enorme Materialfülle im Zusammenhang ihrer Sozialisierungsthese nach allen möglichen Seiten entfaltet, bündelt und interpretiert. So entstand ein detailliertes Bild von den intellektuell anspruchsvollsten Segmenten der Hörfunköffentlichkeit in der Bundesrepublik der Fünfzigerjahre. Das waren keine „Bildungsprogramme“, wie die Autorin wiederholt betont, sondern „Programme für Gebildete“.

Verena Blaum

Walter van Rossum: *Meine Sonntage mit „Sabine Christiansen“*. Wie das Palaver uns regiert. Köln: Kiepenheuer und Witsch, 185 Seiten, 8,90 Euro.

Für Minister, Staatssekretäre etc. – kurz für das politische Establishment – und die Polit-Journalisten gehört sie zum Pflichtprogramm: die Talkshow „Sabine Christiansen“. Die in Berlin produzierte Sendung, benannt nach der Moderatorin, gehört zu den quotenstärksten publizistischen Offerten im deutschen Fernsehen. Im Segment der politischen Gesprächsrunden ist sie Marktführer. Kein Wunder also, dass sich gerne hoch-

rangige Politiker und Verbandsfunktionäre jeden Sonntag um 21.45 Uhr bei „Sabine Christiansen“ versammeln, um ein im weitesten Sinne (gesellschafts-)politisches Thema zu diskutieren: Arbeitslosigkeit, Steuer-, Gesundheits- und Rentenreform, Krieg. Wer eine Botschaft ins Land zu tragen hat, wer glaubt, Position beziehen zu müssen, der nutzt die Chance, sich vor einem Millionenpublikum zu den großen Fragen der Gegenwart zu äußern. Eine Einladung in die Sendung gleicht einem Adelsschlag.

Die Popularität der Sendung, aber auch ihre eigene Prominenz hat der Moderatorin einen fragwürdigen Status verliehen. In der Boulevardpresse wird sie als „Queen“ des Polit-Talks bezeichnet. Das ruft zahlreiche Kritiker auf den Plan. Zu ihnen gehört vor allem Walter van Rossum.

Dabei geht es dem Autor nicht speziell um die Person der Moderatorin. Es geht ihm auch nicht per se um die Sendung „Sabine Christiansen“. In der Einführung, die die Überschrift „Vorspiel auf dem Sofa“ trägt, legt van Rossum die anspruchsvolle Zielsetzung seines Buches vor. Seine Intention ist es, am Beispiel der genannten Talkshow „eine Studie über die Macht der aktuellen Sprachrituale (vorzulegen), die den Raum, den man einst Öffentlichkeit nannte, heute schier monoton beschallen“ (S. 12). Und er fährt fort: „In den Zeremonien des Palavers, die so beispielhaft wie beispiellos bei ‚Sabine Christiansen‘ aufgeführt werden, reguliert sich jener Konsens, der dann von Bild-Zeitung bis FAZ, von SPD bis CDU, von Arbeitgeberverbänden bis Gewerkschaften an die jeweilige Klientel weitergereicht wird.“ Seine Vorgehensweise beschreibt der Autor mit den Worten: „In einer Art konkreter Ethnologie versuche ich die

Techniken dieses Palavers zu beschreiben und das Weltbild, das sich dabei beim Sprechen verfertigt.“

Grundlage der Sprachrituale bzw. des sonntäglichen Palavers ist nach Auffassung van Rossums ein Dogma. Unter den beteiligten Akteuren des Polit-Talks herrsche Konsens darüber, dass „wir uns diesen Wohlfahrtsstaat nicht mehr leisten können“ (S. 12). Hier setzt das zweite Vorhaben des Autors an. Er will zeigen, wie marginal die Beweisführung für die Rechtfertigung dieses Dogmas ist, um dann darzustellen, wie die „Propaganda der Dogmatiker“ die zentrale Frage verdeckt: Kann sich diese Republik diese Wirtschaft noch leisten?

Das Buch ist in drei Hauptkapitel unterteilt. Gemeinsam ist ihnen eine jeweils provozierende Überschrift. Der erste Abschnitt mit dem Titel „Unsere Systemüberwinder oder ‚Wir müssen endlich ...‘ eine Kolchose errichten“ enthält vier eigenständige Teile. Das erste Unterkapitel beinhaltet eine stellenweise sehr zynische Beschreibung der Protagonisten des sonntäglichen Geschwätze-Schwaders. Den Gästen wirft van Rossum – zu Recht – die Verbreitung von Worthülsen vor. Anschaulich deklariert er die Sprechblasen der Akteure, die bis zur Austauschbarkeit verkommen. Er zitiert in Auszügen die Beiträge von Angela Merkel, Olaf Scholz und Heinrich von Pierer und fordert den Leser auf, die jeweiligen Namen den Wort-Spendern zuzuordnen. Am Ende des Kapitels erfolgt die Auflösung in Fußnoten. Die weiteren Unterkapitel beschäftigen sich mit den thematischen „Dauerbrennern“ bei „Sabine Christiansen“: Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und Steuerproblematik. Im folgenden Hauptkapitel mit der Überschrift „Wie Sabine Christiansen dabei half, den Irak zu befreien“ widmet sich der Verfasser

der in der Talkshow geführten Debatte über den zweiten Irak-Krieg. Der letzte Abschnitt ist mit „Unsere Landesverweser“ überschrieben. Hier geht es, u. a. am Beispiel von Jürgen W. Möllemann und Florian Gerster, um die Nutzung von Medien in Krisenzeiten bzw. die mediale Aufbereitung von Konflikten.

In der Einleitung stellt van Rossum fest, dass es seiner Beobachtung nach keine Medientheorie gibt, die umfassend darlegt, wie Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft wirklich funktioniert. Um es gleich vorweg zu nehmen: Auch der Autor liefert kein theoretisches Konzept. Zugegeben, das ist auch nicht sein Anliegen. Van Rossums Buch hat essayistischen Charakter, seine Aussagen beruhen auf Beobachtungen der Sendungen über mehrere Monate. Die Rückschlüsse, die der Autor zieht, basieren daher nicht auf einer analytischen Auswertung nach strengen empirischen Kriterien. Das ist zwar legitim, aber eben doch bei diesem Thema zu wenig. Zugespißt formuliert kann man dem Autor vorwerfen, dass er genau das tut, was er den Protagonisten der Sendung – den Westerwelles, Eichels und Kochs – vorhält: Er verliert sich zu oft in Worthülsen und Allgemeinplätzen.

Van Rossum gefällt sich in der Rolle des kritischen Beobachters fernab der politischen Mitte. Das macht er rhetorisch geschickt, stellenweise sogar höchst interessant. Seine Schreibe ist bissig, seine Analyse hingegen (leider) zu ungenau. Er bleibt dem Leser Antworten und Erklärungen schuldig. Van Rossum scheitert an seinen eigenen Ansprüchen. Er hat in der Einleitung anspruchsvolle und spannende Ziele formuliert. Das schürt Erwartungen beim Rezipienten, denen er nur unzureichend gerecht wird.

Welche Ursachen lassen sich da-

für ausfindig machen? Der Autor vernachlässigt in seiner Evaluation der Talkshow „Sabine Christiansen“ die Beachtung der Eigengesetzlichkeiten der Medien. Eine kritische Analyse der Sendung, die stellvertretend für zahlreiche gleiche Formate steht, muss sich eingehender mit der Frage beschäftigen, *wie* Politikvermittlung in der Mediendemokratie funktionieren kann. Er legt keinen überzeugenden Gegenentwurf vor. Zwar zeigt der Verfasser eindrucksvoll (polemisch) an zahlreichen Beispielen auf, dass Sabine Christiansen als kritische Fragerin versagt. Das aber ist nichts Neues. Seit der ersten Ausstrahlung der Sendung im Jahr 1998 wird dies der Leiterin der sonntäglichen Gesprächsrunde mit gutem Grund vorgeworfen.

Neu ist auch nicht van Rossums Kritik am Redaktionsteam der Sendung: „Sabine Christiansen hat es zur Meisterschaft darin gebracht, Politik als geschlossenen Kreislauf darzubieten. Die Wahrnehmung der Redaktion beschränkt sich einzig und allein darauf, das wahrzunehmen, was die Pressestellen der parlamentarischen Vernunft lancieren“ (S. 30). Und letztlich ist auch nicht neu, dass bei „Sabine Christiansen“ Scheingefechte ausgetragen werden: „Doch diese Pseudodebatten haben nur die Funktion, die Grenzen zu markieren, innerhalb derer man überhaupt diskutieren kann. Also eigentlich gar nicht. Denn die Differenz zwischen Merkel und Müntefering mehrt nicht gerade den Zauber der Demokratie. Kurz, die Gesellschaft verwandelt sich für die Politik in eine Art komplexe Liegenschaftsverwaltung. Da gibt es nicht viel zu gestalten“ (S. 29).

Zu kurz kommt auch die Auseinandersetzung mit den Zuschauern. Warum erfreut sich diese Sendung so großer Beliebtheit? Vorsichtig, viel

zu zögerlich, stellt der Autor sich dieser Frage. Warum begegnet er den Rezipienten, der namenlosen und schweigenden Masse, die in der Argumentationslogik des Verfassers als Systemkitt funktioniert, nicht mit gleichem scharfen Zungenschlag wie den Gästen der Sendung? Denn gnadenlos deklassiert er die Vertreter der Legislative und der Lobbyisten: „Der vordringliche Sanierungsfall im angeblichen Sanierungsgebiet Deutschland ist die intellektuelle Verfälschung der Sanierer selbst.“ (S. 22)

Die Fernsehgemeinde nimmt er hingegen in Schutz. Doch dabei degradiert er, ohne es vermutlich zu wollen, den Zuschauer zum unkritischen Beobachter der sonntäglichen Scheindebatten. Man habe ihm seit Jahren zu verstehen gegeben, dass es keine Alternativen gibt: „Die Imperative des Systems erlauben nur Wahlmöglichkeiten im Bereich der bis zur kompletten Austauschbarkeit ähnlichen Programme, die bei Sabine Christiansen kunstvoll als Kontroversen dargeboten werden“ (S. 37).

Van Rossum hingegen glaubt an die Alternativen im politisch-ökonomischen System. Das ist ihm nicht vorzuhalten. Im Gegenteil: Der Autor versucht, mit einfachen Fragen den gängigen Erklärungsmustern für Wachstum und Arbeit entgegenzusteuern. Er legt auch in Fragmenten einen Gegenentwurf vor. Die Bruchstücke aber überzeugen nicht. Dadurch macht sich der Verfasser angreifbar. Er nimmt zu den oben genannten zentralen Themen Stellung. Doch dabei verharrt er an der Oberfläche. Statt einer detaillierten Argumentationskette, die durch Fakten gestützt wird, stülpt van Rossum sein Weltbild über die Probleme unserer Gesellschaft. Das ist seine Form des Sprachrituals.

Damit vergibt der Verfasser eine

große Chance: Denn er hat in einem 185 Seiten umfassenden Buch mehr Möglichkeiten, seine Lösungsvorschläge vorzustellen, als die von ihm kritisierten Akteure in der einstündigen Talkshow. Der Erkenntniswert dieses Buches hält sich daher in überschaubaren Grenzen. Davon unberührt bleibt aber der Unterhaltungswert, der durchaus gegeben ist.

Ute Stenert

Vera Bückner: Nikolaus Groß. Politischer Journalist und Katholik im Widerstand des Kölner Kreises. Münster: LIT Verlag 2003, 296 Seiten, 17,90 Euro.

Die Seligsprechung von Nikolaus Groß am 7. Oktober 2001 hat weit über die katholische Welt hinaus den Fokus auf einen Mann geworfen, der zu den profiliertesten Persönlichkeiten des Widerstandes gegen das Nazi-Regime gehörte. Vieles ist über die Vergangenheit von Groß geschrieben worden, vor allem in seinem Wirken für die Katholische Arbeitnehmerbewegung und später in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär. Jetzt hat Vera Bückner, die den Seligsprechungsprozess von Nikolaus Groß wissenschaftlich begleitete, eine umfassende Monographie über das Leben des – so in der Lehre der Kirche – Märtyrers vorgelegt. Didaktisch beginnt die Autorin mit dem Abdruck der wichtigsten Quellen über Groß, die gleichzeitig ein repräsentativer Querschnitt sind und so auf wenigen Seiten komprimiert das Drama des bekennenden Katholiken zusammenfassen.

Während die Jugend- und Familienjahre eher knapp dargestellt werden, widmet sich Bückner in einem zentralen Teil ihrer Arbeit dem Journalisten Nikolaus Groß. Dabei ruft

sie parallel vieles Bekannte in Erinnerung, was aber für eine Einordnung in das Engagement und den Mut von Groß unerlässlich ist. So sind beispielsweise die Ausführungen zu den Parteien der Weimarer Republik oder die Zusammenfassung zum nationalsozialistischen Presserecht solche Lesehilfen. Das eigentlich spannende und wissenschaftlich sauber aufgearbeitete ist das Profil von Nikolaus Groß selbst. Dessen Haltungen zu den Parteien der Weimarer Zeit, sein inneres Ringen als Journalist bei der KAB-Zeitung von 1927 bis 1933 und die vielfältigen Kommentare aktueller Gesetzestexte werden von Bücker aufbereitet.

Der Journalist Groß war kein Zauderer, die Sozialdemokratie bezeichnete er als etwas, dass zum „Nur-Irdischen“ ausgerichtet sei, hingegen schöpfe die Katholische Arbeiterbewegung aber aus dem Glauben: „Für sie hat der Mensch neben Diesseitsaufgaben und -rechten auch höhere Jenseitsziele“ (S. 69).

Bei ihrem Versuch, ein objektives Bild zu zeichnen, spart die Autorin auch nicht mit berechtigt kritischen Einschätzungen, so wenn sie zum Beispiel daran erinnert, dass Groß die „partielle parlamentarische Zusammenarbeit von Zentrum und NSDAP recht positiv“ beurteilte oder auch der Rechtsruck von Prälat Dr. Ludwig Kaas im Zentrum mit unterstützte. Groß ging es in seinem Wirken immer um die Frage, wie viel Spielraum das Zentrum brauche, um überleben zu können. Deshalb wurden die Kommentare des Journalisten mit der Zeit wesentlich deutlicher. Schon 1929 schrieb er über den Wahlerfolg der NSDAP bei den Kommunalwahlen: „Hier zeigt sich eine bedenkliche Entwicklung. Dass ein so großer Teil Wähler dieser politisch ideenlosen Gruppe ihre Stimme zuwandte, zeugt von keiner politi-

schen Reife und Urteilsfähigkeit“ (89).

Der Autorin gelingt es, die Fülle von journalistischen Beiträgen Groß' in einen Gesamtzusammenhang zu stellen. Das gilt auch für die Zeit als Redakteur im Dritten Reich (1933 - 1938). Hier legt Bücker die Entwicklung der KAB-Zeitung dar und vergleicht sie eingängig mit anderen Verbandsorganen. Sie zeichnet ein klares Bild der wachsenden Schere von Freiraum und Einschränkung und skizziert einen Nikolaus Groß, der bis in feinfühligste Formulierungen hinein versuchte, sich gegen den nationalsozialistischen Untergangsapparat zu stellen - aber nur so weit, wie es ihm die journalistische Freiheit erlaubte, um die Freiheit der Zeitung zu garantieren. Bücker bleibt nicht bei allein politisch-historischen Fakten aus Groß' Leben stehen, sondern sie bemüht sich, ein - wenn auch nicht in allen Quellen ausgeschöpftes - Mosaik zu entwickeln, das den Handlungsrahmen für Groß darstellte: Sie analysiert das Verhältnis von Kirche und Staat, insbesondere die Haltung der Bischöfe, die für Groß' redaktionelle Arbeit letztlich von großer Bedeutung waren. Das wird am Beispiel des Reichskonkordats aufgezeigt. Obwohl er privat eine - so Bücker - kritische Haltung dazu gehabt haben soll, wird die Kommentierung der Kirchenpolitik - gleichsam loyal - für die Bischöfe positiv bewertet und der Regierung Vertrauenswürdigkeit beigemessen.

Der Familienvater wusste sich auch in bedrängten Zeiten zu seiner Kirche gehörig, denn die Bewahrung des Christlichen und der Grundlagen des katholischen Glaubens erwiesen sich als Hauptanliegen in seiner Zeitschrift: „So erteilte die KW (Ketteler Wacht) allen Geistesströmungen eine Absage, die die Religion zur Privatsache erklärten, und griff besonders

diejenigen an, die sich nicht damit begnügten, sie zur Nebensache zurückzustufen, sondern sie darüber hinaus auch aus dem privaten Leben verdrängen wollten“ (S. 153).

Im zweiten großen Teil ihres Buches stellt Bückner dann Groß als Mitglied des Kölner Kreises im Widerstand dar, erläutert seine Kleinschriften und Reisetätigkeiten und die für die Kirche zunehmende politische Veränderung der inneren Handlungsfreiheit. Spannend sind die Kontakte zu lesen, die Groß mit Alfred Delp hatte. Aufschlussreich sind die Passagen über den Kölner Kreis des Widerstands. Bückner beurteilt Groß dabei als einen, der „an den Vorbereitungen des zivilen Widerstandes, eine Nach-Hitler-Regierung zu planen, aktiv beteiligt war und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten intensiv engagierte“ (S. 212). Der 20. Juli 1944 war für Gross die tragische Wende, denn schon bald wurde er nach dem gescheiterten Hitler-Attentat verhaftet. Die Autorin legt nüchtern und offen den Prozess und die Hinrichtung des bekennenden Katholiken dar, der auch in der Haftzelle nicht von seinen Ansichten abwich.

Bückner kommt zu zwei Schlüssen: Unter journalistischem Aspekt würdigt sie Groß, dass „er seine redaktionelle Aufgabe, die Glaubensvertiefung, gut erfüllte ... Er unterließ zwar, den religiösen Bereich zu überschreiten und in den politischen Raum im Sinne politischer Opposition vorzudringen. Teilanpassung als Preis für das lange Erscheinen kann aus heutiger Sicht als ungewollte, partielle Stabilisierung der NS-Herrschaft beurteilt werden, aber gemessen am damaligen Auftrag als Hauptschriftleiter, zur Glaubensfestigung und -vertiefung beizutragen, hat er diesen voll erfüllt“ (S. 169). In ihrer allgemeinen Einschätzung hält sie fest: „Sein konsequentes Handeln

hebt ihn aus der Masse der Normalbürger heraus, unterscheidet ihn ebenso von der offiziellen Kirche. Mit seinem Hineinwachsen in den aktiven Widerstand trägt er zur Ehrenrettung der katholischen Kirche in Deutschland bei“ (S. 243).

Die Autorin hat zu diesem objektiven Urteil beigetragen. Um so merkwürdiger mutet das dem Buch vorangestellte Essay vom Sohn des Märtyrers, Alexander Groß, an. Zwar ist der Text über die Briefe aus dem Gefängnis ein wichtiger weiterer Bestandteil, um das wissenschaftliche Verdienst Bückners umfassend einordnen zu können, aber Alexander Groß bleibt bei seiner – bekannten – einseitigen Verurteilung des deutschen Episkopats. Leider nennt er nur die durchaus begangenen Verfehlungen kirchlicher Würdenträger und der Hierarchie, aber die positiven und nicht nur im katholischen Archiv ordentlich aufgearbeiteten Beispiele werden gar nicht erst erwähnt. Das wirft einen Schatten auf das sonst so objektive Buch, von Alexander Groß hätte man sich in einer solchen Monographie mehr und Differenzierteres erwartet. Seiner konkreten Kommentierung der väterlichen Briefe tut dies allerdings keinen Abbruch.

Das Leben eines Menschen, der den Glauben nach christlichem Vorbild beispielhaft in der Medienarbeit und damit verbunden im politischen Widerstand einsetzte, ist von Vera Bückner eindrucksvoll nachgezeichnet worden. Das Buch verdient Beachtung – und hätte vom Verlag eine bessere Behandlung verdient: Mangelhaftes Lektorat, springende Zeilenabstände und ein Übermaß an Schrifttypen erschweren die Lektüre über eine wichtige Person in der Vielfalt katholischen Widerstands.

Matthias Kopp

Elisabeth Hurth: „Alle Toten auf ihre Plätze!“ Die mediale Inszenierung des Todes. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag 2004, 144 Seiten, 14,80 Euro.

Was Elisabeth Hurth im Vorwort ihres Buches feststellt, kann jeder Fernsehzuschauer bestätigen: Überall ist der Tod als visuelles Phänomen präsent. Diese Tatsache ist der Ausgangspunkt und bietet den Untersuchungsgegenstand für die Überlegungen von Hurth. Sie will in ihrem Buch den Todesbildern nachgehen, wie sie im Infotainment und in der fiktionalen Inszenierung des Fernsehens gezeigt werden.

Das geschieht im einzelnen unter folgenden Kapitelüberschriften: Der medikalisierte Tod: Todesbilder in Arzt- und Krankenhausserien; Der Tod als Mord: Todesbilder im Krimi; Der Tod als Schicksal: Todesbilder in Daily Soaps und Talkshows. Vorgeschaltet sind diesen Abschnitten eine längere Reflexion über den Tod im Spektrum zwischen Information und Unterhaltung sowie drei eigene Abschnitte mit philosophischen und kulturgeschichtlichen Überlegungen, die helfen sollen, die Genese unterschiedlicher Todesbilder zu erhellen.

Hurth deckt mit diesen vorgeschalteten Abschnitten gleichzeitig ihren Deutungshorizont für die danach besprochenen medialen Todesbilder auf. Während sie sich in der Beschreibung des Wandels der Todesbilder besonders auf Philippe Ariés beruft, verfolgt sie in der philosophischen Todesdeutung eine existenzialistische Richtung über Kierkegaard, Heidegger und Marcel, wobei sie sich in kritischer Wendung gegen Heidegger für eine christlich-existenzialistische Deutung des Todes entscheidet. Im abschließenden Kapitel ihres Buches über Todesbilder im Bann von Endlichkeit und Romantisierung schlägt diese Deu-

tung dann auch noch einmal ganz ausdrücklich durch.

Die Berechtigung zu einer solchen Positionsbestimmung gegenüber dem untersuchten Gegenstand soll nicht bestritten werden. Sie ist grundsätzlich legitim. Im Falle der Überlegungen von Hurth zeigt sich hier aber doch eine Grenze im analytisch möglichst vorurteilsfreien Umgang mit den untersuchten Todesbildern. Hurth vermisst letztlich nämlich in den medialen Darstellungen des Todes jene Dimensionen, nach der durch die Erfahrung personaler Liebe, wie sie im Anschluss an Marcel meint, eine Hoffnung über die Todesgrenze hinaus geöffnet wird. „Im Vollzug von Treue und Liebe zeigt sich die Unvergänglichkeit des geliebten Menschen an. Der Tod bedeutet damit nicht primär die Trennung von einem geliebten Menschen, er bietet vielmehr auch die Möglichkeit des Naheseins. Der Tod ist gerade nicht das Ende der Liebe, er verliert seine schreckenerregende Maske und wird zum ‚Tor der Hoffnung‘“ (S. 52).

Die Tragfähigkeit dieser These ist nicht unbedingt von vornherein einsichtig. Man kann wohl mit gleichem Recht den Tod auch ganz anders verstehen. Bei einem so zugespitzten, christlich getönten existenzialistischen Todesverständnis als Hintergrundannahme wundert es jedenfalls nicht, dass die Autorin bei ihren Einzelanalysen der medialen Todesbilder praktisch durchgängig zu kritischen Einschätzungen gelangt. Und dass sie dort, wo beispielsweise im Fernsehen in Personal-Help-Shows oder in Sendungen wie „Herzblatt“ Liebesbeziehungen zum Thema werden, ihren eigenen Liebesbegriff nicht wiederentdeckt, muss ebenfalls nicht unbedingt verwundern. Die Klage darüber durchzieht das Schlusskapitel und bestätigt noch einmal jene

von Hurth konstatierte Fehlanzeige, nach der Todesbilder in den Medien im Horizont eines christlich-existenzialistisch gedeuteten Verhältnis von Liebe und Tod praktisch nicht auftauchen. Entsprechend kritisch fällt dann auch ihr Urteil über die mediale Präsenz des Todes aus.

Nun wäre es ungerecht, Hurths Überlegungen auf diesen kritischen Punkt zu reduzieren. Besonders die Kapitel zu den fiktionalen Todesbildern enthalten eine Fülle von lesenswerten und intelligenten Beobachtungen. Das Buch ist, wie es der Titel schon vermuten lässt, in einem sehr gut lesbaren, „flotten“ Stil verfasst und jedem zur Lektüre zu empfehlen, der Informationen und auch Anregungen zum weiteren Nachdenken über die mediale Inszenierung des Todes sucht. Wer dabei allerdings eine etwas vorurteilsfreihere, medienanalytische Darstellung sucht, sollte auch noch andere Quellen heranziehen.

Helmuth Rolfes

Luc Jochimsen: *Dieses Jahr in Jerusalem. Theodor Herzl – Traum und Wirklichkeit*. Berlin: Aufbau Verlag 2004, 236 Seiten, 17,90 Euro.

Mit einer neuen Biographie über Theodor Herzl war 2004 zu rechnen. Schließlich jährte sich in diesem Jahr am 3. Juli der Todestag des Begründers des politischen Zionismus zum 100. Mal. Schön, dass mit dem Buch der Grimme-Preis-Trägerin, einstigen Fernsehchefin des Hessischen Rundfunks und Publizistin Luc Jochimsen ein Werk entstanden ist, dass nicht in die Kerben mancher früherer Biographien und Aufsätze schlägt.

Die Autorin beschränkt sich nicht auf den Zionisten Herzl, sondern verfolgt angenehm lesbar einen ganz-

heitlichen Ansatz, der Herzls Lebenswelten mit einbezieht und ihn jenseits zionistischer Verklärung darstellt. Sie zitiert ausführlich aus seinen Tagebüchern, aus Briefen, seinen Feuilletons und Theaterstücken und schafft damit eine lebendige Darstellung Herzls – besser gesagt, man hat beim Lesen das Gefühl, als wäre man an der Seite dieses berühmten Wieners: Man erlebt seine Verzweiflung, seinen Ehrgeiz, sein Engagement. Feinfühlig spürt Jochimsen dem großbürgerlichen jungen Herzl nach, der sich als Schriftsteller und Feuilletonist nach Erfolg verzehrt, und beschreibt den Weg des assimilierten Dandys zum politischen Feuilletonisten. Sie setzt Schlaglichter, greift vor und zurück und betont die verschiedenen, aber ineinander greifenden Leben, die Herzl geführt hat: Theaterautor, brillianter Feuilletonist, Zeitungsgründer, zionistischer „Wanderprediger“ und „Handlungsreisender in Sachen Judenstaat“.

Das letzte Kapitel schlägt die Brücke zur Gegenwart. Wie in einem Tagebuch stellt Jochimsen ausschnittartige zionistische Szenen aus dem Jahr 1904 sowie Israel und den Antisemitismus betreffende Ereignisse aus dem Jahr 2004 gegenüber. Dieses Kapitel zeigt Herzls Traum in seinen letzten Lebensmonaten und das, was 100 Jahre später daraus geworden ist. Somit wird aus der Formel „Nächstes Jahr in Jerusalem“, mit der sich die Mitglieder von Herzls zionistischer Bewegung begrüßten, das „Dieses Jahr in Jerusalem“ des Titels und ein Buch, dass das Gedankengut des großen Zionisten und Feuilletonisten würdigt, ohne dabei den Menschen zu vergessen.

Elisabeth Harant

Theodor Herzl: Die treibende Kraft. Feuilletons. Hg. von Marcus G. Patka. Wien: Picus Verlag 2004, 148 Seiten, 16,80 Euro.

Was macht man mit einem Feuilletonisten, der zu seiner Zeit, sagen wir um 1900, einer der Größten seines Metiers war, und 100 Jahre später fast vergessen ist, sagen wir, weil seine Bedeutung als Zionist sein Dasein als Autor vollkommen überlagert? Man entreißt ihn der journalistischen Vergessenheit und gibt, wie Marcus G. Patka im Sommer 2004, einen Band mit ausgewählten Feuilletons von Theodor Herzl heraus. Damit ergibt sich das Problem: Wer auswählt, stellt nicht wahllos zusammen, sondern gruppiert wie Patka die Texte zu bestimmten Themenbereichen, in diesem Fall Technik und Reisen.

Für Herzl-Anfänger ist das Buch deshalb weniger zu empfehlen, da die 13 darin versammelten Feuilletons eben nicht zwingend repräsentativ für Herzls Arbeiten stehen. Die Texte zeigen Herzl als technikbegeisterten Visionär und sein globales Denken im Rahmen seiner realen und imaginären Reisen. Lässt man aber Herzl so erscheinen, bringt man auch schnell seine Feuilletons in Verbindung mit dem Zionismus - und hier liegt die Schwäche des Buches. Denn Herzl war es von seiner Arbeitgeberin, der „Neuen Freien Presse“, untersagt, über den Zionismus in seinen Feuilletons zu schreiben.

Nur selten finden sich in seinen über 370 Feuilletons (und nicht 280, von denen Patka ausgeht), wie dem im Buch gedruckten „Lenkbaren Luftschiff“ oder „Phileas Fogg, der Jüngere“, zwischen den Zeilen Anspielungen auf sein politisches Engagement. Doch bei Patka rücken diese Ausnahmen in den Vordergrund.

Schade ist auch, dass bei den

Reise-Feuilletons nur zwei Texte wirkliche Reisebeschreibungen sind. In den anderen setzt sich Herzl lediglich mit außereuropäischen Ländern wie den USA oder Japan auseinander, beispielsweise im Rahmen einer Buchbesprechung. Selbst gesehen hat er diese Länder nie. Herzl wird hier etwas gewollt als globaler Denker dargestellt. Hier wurde vertan, mehr auf den wirklichen Reisenden Herzl einzugehen. Und dass, obwohl das Reisen - allerdings meist „nur“ durch Europa - seit seiner Jugend ein bedeutendes Element in seinem Leben war und dabei auch einige seiner besten Texte entstanden.

Lesenswert sind die hier versammelten Feuilletons auf jeden Fall. Herzl schrieb, was das Wiener Publikum der Jahrhundertwende verlangte, und reichte darüber hinaus. In seinen Texten spiegelt sich seine Belesenheit, sein Sinn für die Analyse und Weitsicht und eine geschliffene, wortgewaltige Sprache. Der Band kann aber nicht ersetzen, was seit langem dringend nötig ist: eine kommentierte Gesamtausgabe seiner Feuilletons, ein Querschnitt seiner Arbeiten oder die Wiederauflage der Feuilleton-Bände, die Herzl selbst zu Lebzeiten herausgegeben hat und die heute nur mehr antiquarisch erhältlich sind.

Elisabeth Harant

Ulrike Röttger (Hg.): Theorien der Public Relations. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, 260 Seiten, 24,90 Euro.

Nach langer Zeit erscheint ein Band, der sich explizit und ausschließlich der PR-Theorie widmet. Die Herausgeberin bringt damit die weitgehende

Erfahrung der Fachgemeinschaft zum Ausdruck, dass die theoretische Ausarbeitung von Organisationskommunikation und Kommunikationsmanagement eine Zusammenschau der heterogenen Perspektiven empfiehlt. Hervorgegangen ist das Buch aus einer Ringvorlesung an der Universität Zürich. Alle Beiträge sind jedoch wesentlich überarbeitet und aktualisiert. Die wichtigsten Vertreter der theoretischen Debatte der letzten 15 Jahre präsentieren die Summe ihrer Erkenntnisse; aber auch neuere Ansätze der PR-Forschung haben ihren Platz und finden sich hier erstmals sauber in eine genuine PR-Theorie integriert. Das gilt zum Beispiel für die politische PR (Juliana Raupp), die sonst gern als Sonderthema behandelt wird, aber auch für Fragen der Reputations- und Risikokommunikation (Mark Eisenegger/Kurt Imhof).

Die Herausgeberin und Otfried Jarren schlagen eingangs ein bereits mehrfach angerissenes strukturationstheoretisches Modell im Anschluss an Giddens vor, wodurch es gelingt, das Patt zwischen systemtheoretischer und handlungstheoretischer Perspektive aufzulösen bzw. zu umgehen. Dem folgt die keinesfalls überraschende Apologie der Systemtheorie mit dem Fazit „zehn zu null“ für die Systemtheorie. Danach schlägt der Doyen der PR-Theorie, Manfred Rühl, eine Bresche in die theoretischen Bemühungen, indem er die Ansprüche und Grenzen wissen-

schaftlicher und vorwissenschaftlicher PR-Theorien abgleicht. Barbara Baerns schildert das kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisinteresse in Bezug auf PR, bevor Manfred Bruhn und Grit Mareike Ahlers die Schnittstelle zwischen Marketing und PR bearbeiten. Die neue Rolle der PR als Organisationskommunikation wird im vorliegenden Band von Lothar Rolke und Peter Szyszka ausgearbeitet. Beide haben dazu in den letzten Jahren mehrfach publiziert. Die Thesen Rolkes, der seinen eingeschlagenen Weg hier weiter radikalisiert, waren auch bislang nicht unumstritten, weil er sowohl die Zusammenführung der „Supratheorien“ von Luhmann und Habermas fordert und zudem eine Rechtfertigung der PR betreibt. Michael Kunczik, Klaus Kocks und Susanne Femers nehmen aus je eigener Perspektive die Dualität von Theorie und Praxis in den Blick, bevor Raupp, Eisenegger und Imhof die Bedingungen und Folgen von PR thematisieren.

Als Fazit zu diesen in der Debatte notwendigen Band lässt sich festhalten: Er gibt die meisten und wichtigsten, aber sicher nicht alle relevanten Strömungen der PR-Theorie wider (doch das gibt er auch nicht vor). Der aktuelle Stand der deutschsprachigen Debatte ist damit präsentiert. Ein Stichwort- und Namensindex wäre hilfreich gewesen, um die Querbezüge in den Theoremen und Modellen leichter erkennen zu können.

Lars Rademacher